

Müssen Schüler bald vor dem Kindergarten zur Sprachschule?

Mit «Deutsch für Fremdsprachige» wird die Sprachkompetenz von Schülern heute ab der Einschulung gefördert. Nun wird die Debatte rund um frühe Sprachförderung im Grossen Rat lanciert.

Mauro Pfammatter

Wer der vor Ort gesprochenen Landessprache nicht mächtig ist, hat es schwer – egal ob im Leben allgemein, in der Berufswelt, im sozialen Umfeld. Integration beginnt also mit der Sprache. So weit nichts Neues.

Das gilt auch für unsere Jüngsten. Mangelnde Deutschkenntnisse können den Einstieg in die Schule erschweren, sagt etwa Sandro Steiner, Adjunkt der Dienststelle für Unterrichtswesen. Deshalb seien gezielte Fördermassnahmen relevant.

Den Oberwalliser Schulen steht dafür ein Instrument zur Verfügung, mit dem zusätzlicher Deutschunterricht durchgeführt werden kann: Deutsch für Fremdsprachige (DfF). DfF ist ein Unterricht in Kleingruppen, der während der regulären Schulzeit stattfindet. Der springende Punkt von DfF: Die Sprachförderung beginnt erst mit der Einschulung. 10,8 Prozent der Gesamtschülerzahl der obligatorischen Schulzeit haben DfF-Stunden.

In einigen Kantonen – etwa in Basel-Stadt – gibt es ein sogenanntes selektives Obligatorium für frühe Sprachförderung. Die Kantone Solothurn und Thurgau haben das System ebenso eingeführt, in anderen Kantonen steht das selektive Obligatorium in der Pipeline oder zur Diskussion. Bevor ein Kind den Kindergarten besucht, hat dessen Familie einen Fragebogen über die Deutschkenntnisse ihres Sprösslings auszufüllen. Bei unzureichenden Deutschkenntnissen kommt das Obligatorium zum Zug: Das Kind muss im Jahr vor dem Kindergar-

ten Deutschförderungskurse besuchen. Im Oberwallis gibt es zahlreiche ähnliche Angebote – aber eben nur auf freiwilliger Basis. Der «Walliser Bote» berichtete.

Das könnte sich in Zukunft ändern. Aron Pfammatter, Mitte-Fraktionschef im Grossen Rat, hat Mitte Februar eine entsprechende Motion eingereicht. Pfammatter stützt sich dabei auf eine Studie der Universität Basel, die besagt, dass frühe Sprachförderung bei Kindern mit Migrationshintergrund zu schnellerem Lernen der Landessprache führt.

Wie viele Kinder sprechen zu wenig Deutsch?

Gemäss Sandro Steiner haben rund 30 Prozent der Oberwalliser Schüler vom Kindergarten bis zur OS eine andere Muttersprache als Deutsch. Diese Zahl müsse man jedoch mit Vorsicht geniessen, so Steiner: «Das heisst nicht, dass diese Schüler kein Deutsch verstehen und sprechen.» Denn zum Teil seien das Kinder der zweiten oder dritten Generation und auch Immersionsschüler aus dem Unterwallis sind mit einberechnet.

Wie viele Schüler sprachliche Schwierigkeiten aufweisen, kann Steiner nicht sagen. Die Dienststelle für Unterrichtswesen erfasse keine spezifischen Daten zu «ungenügenden» Deutschkenntnissen anhand einer festgelegten Schwelle. Steiner: «Zunächst müssen die Schüler in der Schule ankommen, bevor ihre individuellen sprachlichen Kompetenzen erfasst und gezielt gefördert werden können.»

Reicht DfF aus, damit die Kinder genügend Deutsch sprechen? Pino Mazzone ist Co-Prä-



Die Frage nach vorschulischer Sprachförderung: Sinn oder Unsinn?

Bild: Keystone

sident des Berufsverbands der Oberwalliser Schuldirektoren. Er sagt: «Es dauert in der Regel drei Jahre, bis die Schüler die deutsche Sprache in den Grundzügen beherrschen.» Die Erfolge seien dank des Engagements der Lehrpersonen sehr vielversprechend.

Dass viele Kinder heutzutage Mühe mit der deutschen Sprache bekunden, ist bekannt. Mazzone sagt: «Der Umgang mit der Vielfalt in den Schulen ist heutzutage der Normalfall und herausfordernd.» Doch: Lesen, Schreiben, Sprechen und eine korrekte Grammatik und Rechtschreibung müsse mit allen Schulkindern und Jugendlichen ständig und differenziert geübt werden, unabhängig vom sprachlichen Hintergrund.

«Kantonales Konzept funktioniert»

Einem selektiven Obligatorium steht Mazzone eher kritisch gegenüber. Es ergebe wenig Sinn, eine Sprache unter Zwang zu erlernen und bereits im Kindergartenalter mit Tests und Bilanzierungen zu regulieren: «Aus sprachwissenschaftlicher Sicht ist es zentral, dass die Schulkinder zuerst ihre Muttersprache festigen, damit sie fähig werden, eine Zweitsprache mit Freude und Spass zu erlernen. Das kantonale Konzept der Sprachförderung wird den heutigen Herausforderungen gerecht.» Man setze auf freiwillige Projekte wie beispielsweise «Wunderfritz und Redeblitz», welche die sprachliche

Frühförderung unterstützen und von verschiedenen Gemeinden angeboten wird.

Dienststellenadjunkt Steiner hingegen negiert nicht, dass herausfordernde Situationen im Zusammenhang mit den Deutschkenntnissen bei Schuleintritt existieren. Die Zuständigkeit der Dienststelle für Unterrichtswesen beginne jedoch erst mit dem gesetzlich definierten Schuleintritt. Was die Kompetenz der Dienststelle betreffe, so Steiner, kommen mit DfF einheitliche Regeln zur Anwendung.

Damit richtet sich die Frage der frühen Sprachförderung an die Politik. Oliver Imboden (Die Mitte), Teil der grossrätlichen Kommission für Erziehung, Bildung, Kultur und Sport,

sagt: «Das angesprochene Thema wurde in der Kommission noch nie besprochen. Auch wurden wir Mitglieder noch nie von der Basis auf eine solche Problematik angesprochen.» Man habe bei der Basis nachgefragt, ob mangelnde Deutschkenntnisse bei Schuleintritt ein Problem darstellen würden. Die Antwort stehe noch aus.

Dienststelle für Unterrichtswesen, Schuldirektorenverband, Bildungspolitiker. Sie alle haben am bisherigen System kaum etwas auszusetzen. Dennoch prescht Pfammatter nun mit einer Motion vor. Warum?

«Ich wurde im Laufe der Jahre von Lehrpersonen auf die Problematik angesprochen.» Deshalb hält der Mitte-Grossrat das Basler Modell für eine gute Idee. In Basel funktioniere das Konzept gut. Durch die frühe Sprachförderung könnten Lehrer entlastet werden. Mit seiner eingereichten Motion will Pfammatter in erster Linie die Debatte um frühe Sprachförderung anstossen.

Sollte sich jedoch herausstellen, dass frühe Sprachförderung im Wallis kein Thema sei, wolle er «keine Probleme schaffen, wo es keine gebe». Wichtig sei es, so Pfammatter, im Zuge der Diskussion die Lehrpersonen «an der Front» anzuhören.

Pfammatters Motion wird in der kommenden Legislatur im Parlament behandelt. Spannend dürfte die Antwort des Staatsrates werden. Und wie sich die Kommission und die Grossräte zur Thematik «frühe Sprachförderung» positionieren. Bis dahin wird im Wallis niemand vor der obligatorischen Schulzeit zum Deutschunterricht verdonnert.

Person braucht Hilfe – aber erreicht die Polizei nicht

Die Verantwortlichen der Kantons- und der Regionalpolizei Visp nehmen Stellung dazu.

Thomas Jossen

Die Polizei: Dein Freund und Helfer und rund um die Uhr einsatzbereit. Mit solchen Aussagen wirbt die Kantonspolizei auf ihrer Webseite für ihre Arbeit.

Auf der Webseite der Regionalpolizei Visp steht, die telefonische Erreichbarkeit der Regionalpolizei sei über eine Telefonnummer an 24 Stunden und 365 Tagen gewährleistet.

Eine Person machte diese Woche eine andere Erfahrung. Die Person war an diesem Abend in einen Vorfall involviert, der einen Polizeieinsatz nötig machte. Der Vorfall sei zu klein, um ihn zu dramatisieren, aber zu gross, um ihn ohne Polizei lösen zu können, sagt die Person. Konkret ist eine Autolenkerin mit hoher Geschwindigkeit in sein Auto gefahren.

Die Person versuchte zweimal erfolglos, die Regionalpolizei Visp zu erreichen. Auch weitere Anru-

fe an die Einsatzzentrale der Kantonspolizei und an die Notfallnummer 117 liefen ins Leere. Die Person sagt: «Ich bin schon ziemlich überrascht darüber, dass die Polizei nicht kontaktiert werden kann. Ich will mir nicht vorstellen, wie sich jemand fühlt, der in einem solchen Moment in grossen Schwierigkeiten steckt.»

Aber wie kann das passieren? Daniel Bürki, Kommandant Regionalpolizei Visp, bedauert die Tatsache, dass die Polizei nicht erreicht werden konnte. Grundsätzlich werde das Telefon ausserhalb der Schalter- und Büroöffnungszeiten auf die im Dienst stehenden Patrouillen umgeleitet. Bei Anfragen von allgemeinpolizeilichen Belangen ohne Notfallcharakter verweist Bürki auf die Schalter- und Büroöffnungszeiten.

Die Angaben auf der Webseite der Regionalpolizei Visp seien bereits geändert worden, mittlerweile steht nicht mehr, dass die Re-

gionalpolizei ständig telefonisch erreichbar sei. Bürki sagt, in Notfällen sei immer die Notfallnummer 117 zu wählen. Diese Notfallnummer gewährleiste die dauernde Erreichbarkeit der Polizei. Diese Notfallnummer führt zur Einsatzzentrale der Kantonspolizei, die je nach Ereignis entsprechende Massnahmen einleitet. Insofern sie erreicht werden kann.

Auf Anfrage schreibt die Medienstelle der Kantonspolizei, die Einsatzzentrale der Kantonspolizei Wallis sei 24 Stunden, 7 Tage die Woche und 365 Tage im Jahr in Betrieb und sei über drei Notrufnummern und eine Festnetznummer erreichbar. Am besagten Abend sei auch kein technischer Vorfall bekannt, der Auswirkungen haben könnte auf die Erreichbarkeit.

Weiter schreibt die Medienstelle: «Unsere Disponenten erhalten jedoch mehr als 900 Anrufe pro Tag. Es kann vorkommen, dass einige Anrufer in Zeiten ho-



Die Einsatzzentrale der Kantonspolizei nimmt täglich 900 Anrufe entgegen, viele davon sind unnötig.

Bild: zvg

her Telefonauslastung in der Einsatzzentrale in die Warteschleife gestellt werden.» Bei einem Drittel dieser 900 Anrufe pro Tag handelt es sich laut der Kantonspolizei um keine Notfälle.

Im Dezember letzten Jahres startete die Kantonspolizei eine

Kampagne, um die Bevölkerung für diese Thematik zu sensibilisieren. Notrufnummern sollen ausschliesslich genutzt werden, wenn Menschen in Gefahr sind oder dringend die Unterstützung von Polizei oder Feuerwehr benötigt wird.

Fremde Personen sprechen Kind an

Mörel-Filet «Warnung! Am Montagabend haben in Mörel zwei unbekannte Männer versucht, einen Jungen mitzunehmen. Der Junge konnte sich losreissen und wegrennen. Bitte sensibilisiert die Kinder, nicht bei Fremden einzusteigen und in Gruppen zu laufen.» Diese Nachricht wird in diesen Tagen in vielen Elternchats geteilt. Daniel Imboden, Mediensprecher Kantonspolizei Wallis, bestätigt, dass am Montagabend kurz vor 23 Uhr die Kantonspolizei über einen Vorfall in Mörel-Filet informiert worden sei – der Vorfall ereignete sich zirka um 18 Uhr. Seither stehe die Kantonspolizei im engen Kontakt mit der Person, die den Vorfall gemeldet hat. Ob es sich dabei um die Eltern des minderjährigen Kindes handelt, lässt Imboden offen. Seither hat die Kantonspolizei ihre Präsenz in der Region Mörel-Filet erhöht. Imboden appelliert an die Bevölkerung, verdächtige Personen und Informationen im Zusammenhang mit dem Vorfall umgehend der Polizei zu melden. (jt)